

Ausgabe 8/2018

Liebe Kollegin/Lieber Kollege,

In den letzten Wochen haben viele sportliche Großereignisse die Welt und auch Deutschland bewegt. Im Nachgang zu dem nicht gerade glorreichen Abschneiden der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft hat sich daraus eine Diskussion entwickelt, die immer seltsamere Blüten treibt. Es geht um Integration und Rassismus und um die Frage, wer was wann wie gemeint hat. Dabei werden Dinge miteinander vermischt, die nichts miteinander zu tun haben.

Das Treffen von Mesut Özil und Ilkay Gündogan mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan war ganz eindeutig ein Fehler. Nationalspieler haben immer auch eine Vorbildfunktion und sollten sich dieser stets bewusst sein. Ein medienwirksames Treffen mit einem selbstherrlichen, zum Despotismus neigenden Machthaber, der die Ideale einer Demokratie mit Füßen tritt, kann nicht mit „Respekt vor dem Herkunftsland der Eltern“ entschuldigt werden. Wenn unsere Fußballer gemeinsam gegen Rassismus und für Toleranz eintreten, so muss das auch für Toleranz gegenüber Andersdenkenden gelten. Davon ist Erdogan weit entfernt und daher sind offizielle Treffen, die von ihm als Wahlunterstützung genutzt werden, zu unterlassen.

Özil nun aber die Schuld am Scheitern der deutschen Mannschaft anlasten zu wollen, ist völlig abwegig und hat mit der Realität nichts zu tun. Richtig ist stattdessen, dass die gesamte deutsche Mannschaft durchweg nicht gut bis miserabel gespielt hat – das betrifft aber alle und nicht nur einzelne Spieler. Wäre es anders, hätte es in der Verantwortung des Trainers gelegen, den betreffenden Spieler nicht einzusetzen oder rechtzeitig auszuwechseln. Hier machen es sich einige Funktionäre oder (selbsternannte) Experten eindeutig zu leicht.

Dass daraus nun einige rechtspopulistische Kräfte gleich eine Debatte über gescheiterte Integration und andere eine ebensolche zu Rassismus in Deutschland machen, erscheint übertrieben. Natürlich gibt es zu beiden Themen Diskussions- und Handlungsbedarfe, hier sind alle demokratischen Kräfte gleichermaßen gefragt, ihren Teil dazu beizutragen. Wir als Gewerkschaft tun dies schon seit Langem und aus Überzeugung. Jede/r Einzelne ist aufgefordert, uns dabei zu unterstützen – für ein tolerantes und vielfältiges Deutschland!

In diesem Sinne wünschen wir allen eine schöne Sommerzeit

Dagmar König

Tagungsbericht zur 14. Frauen-Alterssicherungskonferenz



Rente muss zum guten Leben reichen!

Auf der 14. Frauen-Alterssicherungskonferenz am 3. Juli in Berlin wurde ein Blick auf die frauenpolitischen Maßnahmen geworfen, die für diese Legislaturperiode geplant sind. Wir liefern euch hier einen ersten Rückblick mit Fotos und Unterlagen von dieser gelungenen Veranstaltung. Klar ist, damit Erwerbs- und Sorgearbeit zukünftig für Frauen und Männer gleichermaßen möglich ist, brauchen wir eine Veränderung der Rahmenbedingungen. Frauen müssen sich mehr um ihre Existenzsicherung und Altersvorsorge kümmern können und Männer mehr um die Familie. Jetzt ist die Politik gefordert: Wir wollen nicht nur Gleichberechtigung, sondern tatsächliche Gleichstellung in allen Bereichen!



Weiterlesen >

Sozialpolitisches Wochenende



Veranstaltung des Ressorts

Vom 20. bis 22. Juli 2018 hatte das Ressort Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zum sozialpolitischen Wochenende am Wannsee eingeladen. Rund 40 ehren- und hauptamtliche Kolleg*innen und Multiplikator*innen – von Versichertenberater*innen und weiteren Mitgliedern der Selbstverwaltung bis zu Erwerbslosenberater*innen – erhielten von den Fachreferent*innen des Ressorts einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Landschaft der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, den wir euch nicht vorenthalten wollen.

[Weiterlesen >](#)

Rentenpaket I Gesetzgebungsverfahren: Renten sollen verbessert und Rentenniveau stabilisiert werden

Mit der Veröffentlichung des Referentenentwurfs zum Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am Freitag, dem 13. Juli 2018 das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, das in einem ersten Paket einige der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen (Stabilisierung des Rentenniveaus auf heutigem Niveau bei 48 %, Mütterrente II, bessere Absicherung bei Erwerbsminderung und Verlängerung der Gleitzone bei Midijobs) zur Rente umsetzen soll. Unsere Bewertung und unsere Anforderungen an die Regierung liest Du hier.

[Weiterlesen >](#)

Teilzeitarbeit nach wie vor Domäne von Frauen

Neuer Anlauf: Das Gesetz zur Rückkehr von der Teilzeit in die Vollzeitbeschäftigung ist auf dem Weg. Ein guter, lang ersehnter erster Schritt.



Doch: Die Festlegung, dass ein Anspruch auf befristete Teilzeit nur in Unternehmen mit über 45 Beschäftigten gelten soll, ist willkürlich und wird von ver.di heftig kritisiert.



Weiterlesen >

Fachkräftepotenziale endlich ausschöpfen – Die Situation von älteren Erwerbslosen auf dem Arbeitsmarkt

Unternehmen klagen über die wachsenden Engpässe bei heimischen Fachkräften. Zugleich zählte die Bundesagentur für Arbeit im Juli dieses Jahres rund 2,3 Millionen Erwerbslose – darunter allein etwa 770.000 Erwerbslose, die über 50 Jahre alt sind und fast 500.000, die 55 Jahre und älter sind. Wie passt das zusammen? ver.di setzt sich schon seit längerem für eine aktive Öffnung von Erwerbchancen für Menschen über 50 Jahren ein. Mit nachhaltiger arbeitsmarktpolitischer Förderung und über eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik kann das vorhandene Erwerbspotenzial aller aktiviert und eingesetzt werden.



Weiterlesen >

Aus der Sozialen Selbstverwaltung



Selbstverwaltungstagung der Deutschen Rentenversicherung

Auf der Tagung nahmen neben fachlichen und verwaltungsrelevanten Fragen und dem Austausch untereinander die zukünftigen rentenpolitischen Vorhaben der Bundesregierung breiten Raum ein. Einigkeit herrschte bei allen Teilnehmer*innen

darüber, dass nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden müssten. Weitere Einschätzungen von unserer Seite zur Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten, zur Mütterrente und zu Kleinstrenten, haben wir hier zusammengefasst.



Weiterlesen >

Vielen Dank für Dein Interesse!

Wir würden uns freuen, wenn Du den gesamten Newsletter oder einzelne Meldungen mit Deinen Bekannten und Kollegen teilst.



Wenn Du diesen Newsletter abbestellen möchtest, klicke bitte [hier](#).

Inhaltlich verantwortlich gemäß Paragraf 55 Rundfunkstaatsvertrag (RfStV) und Absatz 5 Telemediengesetz (TMG). ver.di-Redaktion

Verantwortliche:

Dagmar König

Mitglied des ver.di Bundesvorstandes
ver.di Bundesverwaltung
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56-2400

E-Mail: sopojetzt.newsletter@verdi.de

Redaktion: Mascha Jacobs